

November 2005

Dokumentation

Will euch die Welt furchtsam machen

... dann denkt daran und antwortet ihr: Eure Herren gehen, unser Herr aber kommt

Johannes Rau

Am 6. September 2005 nahm Altbundespräsident Johannes Rau den ihm verliehenen Karl-Barth-Preis der Union Evangelischer Kirchen (uek) entgegen. Wir dokumentieren das Manuskript seiner Dankesrede, die er, wie es seine Art ist, frei gehalten hat. Er schlägt darin einen Bogen von der Barmer Theologischen Erklärung, die 1934 von Barth entscheidend mitgeprägt wurde, hin zu den Aufgaben der Kirche in der gegenwärtigen Gesellschaft.

Verehrte Festgäste! Gern bin ich zu Ihnen gekommen. Um mit Ihnen über die uns tragende und prägende Kraft des Bekenntnisses zu sprechen. Um über unseren Glauben zu sprechen, der von außerhalb der sichtbaren Welt kommt und so gar nichts Unsichtbares an sich zu haben braucht.

Die bisherigen Preisträger von Eberhard Jüngel über Helmut Simon, Gottfried Forck, Hans Küng, Karl Lehmann und Kurt Marti stehen dafür, dass die Macht des Bekenntnisses sich auch kraftvoll den Weg bahnen kann und zu Worte kommt. Mich in diese Runde einzureihen ist eine große Ehre, für die ich der Union Evangelischer Kirchen sehr danke.

Albert Camus hat gesagt: „Unsere heutige Welt erwartet von den Christen, dass sie auch künftig Christen bleiben.“ Darin sehe ich eine Herausforderung beschrieben, die nicht nur in der Kirche gilt: Im Bekenntnis geht es darum, die Orientierung an einem Lebensprojekt festzuhalten und es mit anderen teilen zu wollen. Es geht darum, seine Vorstellungen so mit denen anderer zu verbinden, dass daraus Gutes entstehen kann. Und je verschwommener die eigenen Vorstellungen, die eigenen

November 2005

Dokumentation

Lebensprojekte sind, desto schwerer fällt eine solche Verständigung. In diesem Sinne verstehe ich das Bekenntnis des Einzelnen und seiner Gemeinschaft als eine aktive Überwindung eines tatenlosen und damit wirkungslosen Glaubens. Bekenntnis ruft nach Praxis, nach menschenfreundlichen Projekten, nach dem eigenen Handeln.

Die Barmer Thesen sagen: Nichts und niemand, keine Machthaber und keine Ideologien können und dürfen die Wahrheit des Evangeliums verschleiern oder für ihre Zwecke vereinnahmen. Mit dieser Wahrheit ist die unbedingte Zuwendung des Schöpfers zu allen Menschen gemeint – ungeachtet ihres Herkommens und Standes, ihrer Religion und ihrer Sprache, ihrer Überzeugungen und Ziele. Alle werden ohne Unterschied in seine Ordnung des Friedens gerufen.

Durch das Wort Gottes ist dem Staat in dieser Ordnung sein Platz zugewiesen: die Sorge für Recht und Frieden, an die ihn die Kirche immer wieder erinnern muss. Die Barmer Theologische Erklärung sieht gerade den säkularen Staat im Wort Gottes begründet und befürwortet die positive weltanschauliche Neutralität des Staates. Eine Überhöhung des Staates dagegen, die ihn zur „einzigsten und totalen Ordnung menschlichen Lebens“ machen würde, lehnen die Thesen ausdrücklich ab. Entsprechendes gilt auch dann, wenn die Wirtschaft zur einzigen und totalen Ordnung menschlichen Leben erklärt oder faktisch so behandelt wird.

Der Ort, an dem man sich 1934 versammelte, liegt Luftlinie etwa drei Kilometer vom Konzentrationslager Kemna, zwischen Beyenburg und Oberbarmen. Das KZ bestand seit Juli 1933. Seither ging in Wuppertal die düstere Redensart um: Pass auf, sonst kommst du in die Kemna! Im Januar 1934 waren nach einem halben Jahr die Insassen in andere Konzentrationslager verbracht worden.

Die in Barmen Versammelten haben dazu keine Worte gefunden. Weil es sich zunächst nur um politische Gefangene, Arbeiter, Kommunisten und politische Dissidenten handelte? 1986 hat Eberhard Bethge dieses Defizit benannt: Die fehlende siebente These. Nachdem Barth aus Bethges Bonhoeffer-Biographie gelernt hatte, wie deutlich dieser bereits 1933 das Eintreten für die Juden zur unausweichlichen Pflicht

November 2005

Dokumentation

der Kirche hatte machen wollen, schrieb er postwendend an ihn: „Ich empfinde es längst als Schuld meinerseits, das ich sie (die Judenfrage) im Kirchenkampf jedenfalls öffentlich nicht ebenfalls als entscheidend geltend gemacht habe.“

Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Bekenntnistext, der sich nicht ausdrücklich gegen die einsetzende Judenverfolgung gerichtet hat, ist legitim. Die Kirche als Ganze ist in Barmen eine entsprechend klare Aussage schuldig geblieben.

Angesichts des strikten Reiseverbotes für Barth hätte er nach Rechtslage nicht an der Barmer Synode teilnehmen dürfen. Er übertritt dieses Verbot, teilt dem Rektor der Universität Bonn schriftlich seine Gründe mit und reist illegal nach Barmen. Ohne diesen Akt des zivilen Ungehorsams wäre Barth nicht in Barmen gewesen und die ganze Geschichte hätte wohl einen anderen Verlauf genommen. Auch angesichts der Unterschiede in den konfessionellen Strukturen und politischen Überzeugungen ist es immer wieder eine Überraschung zu sehen, dass Lutheraner, Unierte und Reformierte gemeinsam diese Erklärung beschlossen haben. Ohne Barmen ist die Leuenberger Konkordie von 1974 mit ihrer Aufhebung der kirchentrennenden Sätze des 16. Jahrhunderts nicht denkbar.

„Mit einer starken Tasse Kaffee und ein bis zwei Zigarren versehen“, erinnert sich Karl Barth, „machte ich mich an die Arbeit, während die anderen ihre Mittagsruhe hielten.“ 1934, im Hotel „Basler Hof“ in Frankfurt, entstand auf einem Treffen der Theologen Barth, Thomas Breit und Hans Asmussen die Vorlage zur „Barmer Theologischen Erklärung“, die am 31. Mai 1934 von der ersten Generalsynode der Bekennenden Kirche verabschiedet wurde. Seine Handschrift war deutlich erkennbar: Barth hat als geistiger Vater diesem Zeugnis engagierten Christseins, das neben den altkirchlichen und reformatorischen Bekenntnissen die Grundlage protestantischen Glaubens bildet, seinen Stempel aufgedrückt. Doch er hat mit der Barmer Erklärung ein Dokument zeitlosen Anspruchs geschaffen.

In ihren Grundzügen kann man die Barmer Theologische Erklärung als ein ökumenisches Dokument begreifen. Nicht von ungefähr sind zwischen den Barmer Thesen und der Enzyklika „Mit brennender Sorge“ vom 14. März 1937, in der Papst Pius XI. deutliche Worte zur Situation der römisch-katholischen Kirche in Deutschland

November 2005

Dokumentation

sprach, inhaltliche Parallelen und Bezüge zu finden. Jesus Christus, das eine Wort Gottes, die Befreiung der Kirche aus den gottlosen Bindungen der Welt und die Verantwortung der Regierenden: trotz der spezifisch theologischen Unterschiede teilen beide Erklärungen im Kern ihre Grundaussagen.

„An dem Anspruch Jesu Christi kommt niemand vorbei. Das Fundament der Kirche ist kein Prinzip oder eine Formel zur Erklärung der Welt, sondern die Person Jesus Christus.“

Dem Anspruch Jesu Christi, das eine Wort Gottes zu sein, „das wir hören, dem wir im Leben und im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben“ (Barmen 1) begegnet heute eine religiöse Vielfalt, in der Ansätze unterschiedlichster Traditionen vermischt werden. Aber an dem Anspruch Jesu Christi kommt niemand vorbei. Das Fundament der Kirche ist kein Prinzip oder eine Formel zur Erklärung der Welt, sondern die Person Jesus Christus. Diesen konsequenten Christusglauben betont die päpstliche Enzyklika von 1937 ebenso wie später Texte des Zweiten Vatikanischen Konzils. Es war dieses unmissverständliche Bekenntnis zu Christus als dem von Gott offenbarten Wort Gottes, das auch den Theologen Karl Barth bewog, sich eindeutig und klar gegen Ansprüche zu wehren, „in denen wir nicht Jesus Christus, sondern anderen Herren zu eigen wären, Bereiche, in denen wir nicht der Rechtfertigung und Heiligung durch ihn bedürften“, wie es in der zweiten These heißt.

Christen sollten ihres eigenen Glaubens gewiss sein. Sonst kann kein Dialog gelingen, nicht der Dialog zwischen den Konfessionen und erst recht nicht der Dialog mit anderen Religionen. Christliche Identität und Toleranz sind kein Widerspruch. Vielleicht scheitern manche interkonfessionelle und interreligiöse Gespräche gerade daran, sich seines eigenen Rückgrates zu unsicher geworden zu sein, weil Begriffe wie Christusbekenntnis und Mission als störend empfunden werden. Christliche Identität und Toleranz sind kein Widerspruch, daran will auch die Forderung der Barmer Erklärung nichts ändern, die freie Gnade Gottes allen Menschen mitzuteilen.

Dazu gehört, sich für einen Staat einzusetzen, in dem Religionsfreiheit selbstverständlich ist. War es damals der Angriff einer verblendeten, auch den

November 2005

Dokumentation

christlichen Glauben vereinnahmenden Ideologie, so steht die Kirche heute vor der Herausforderung des Laizismus, der immer stärker an die deutschen Türen pocht. Wie sichern die Christen die Religionsfreiheit, in der Schule und generell in der Öffentlichkeit? Das wird die Frage der nächsten Jahre sein. Auf gesellschaftliche Anforderungen können die Kirchen nur in ökumenischem Geist antworten. In Fragen des Lebensschutzes, der Bioethik, der Umweltpolitik und in Sachen Europa passt zwischen Katholiken und Protestanten kaum mehr ein Stück Papier. Dass sich kein Staat zum Selbstzweck erheben darf, auch Prinzipien der Wirtschaft nicht, darin sind sich die Kirchen – ganz im Geiste der Barmer Erklärung – einig. Sich auf solche gemeinsame Grundlagen und Bekenntnisse zu berufen, wird den ökumenischen Prozess mehr befördern, als auf theologische Unterschiede zu starren. Dass selbst siebzig Jahre alte Bekenntnisse die für alle Kirchen aktuell anstehenden Aufgaben beschreiben, zeigt, wie nah wir uns schon immer waren.

Ein solches Bekenntnis trägt immer auch parteiische Züge. Das Evangelium sagt deutlich und klar, dass die Armen selig seien, dass die Reichen sich bescheiden mögen, dass die Habenden den Nichthabenden abgeben sollen. Daran ist nicht zu deuteln. Es widerspricht damit der weithin herrschenden Gewohnheit des goldenen Mittelweges, der pragmatischen Anpassung und einem stets kompromissbereiten Konformismus. Wer so handelt, der mag es allenthalben in der Politik leichter haben – recht christlich ist das bei genauerem Hinsehen nicht.

Für mich ist noch jeder Katholikentag und jeder Kirchentag ein Kontrapunkt zu der These gewesen, dass Religion Privatsache sei. Katholikentage und Kirchentage, und natürlich auch der Ökumenische Kirchentag, bekunden den Glauben der Menschen als öffentliche Angelegenheit. Sie stehen damit im Widerspruch zu einem merkwürdigen Phänomen unserer Mediengesellschaft: Auf der einen Seite findet ganz Privates, ja Intimstes vor laufender Kamera statt. Auf der anderen Seite werden wirklich wichtige Angelegenheiten, die unsere Gesellschaft als Ganzes betreffen, ins Private abgedrängt. Wertentscheidungen, Wertmaßstäbe und Lebensorientierung werden zu Privatangelegenheiten gemacht, in die sich niemand einmischen soll. Sogar

November 2005

Dokumentation

die Fragen vom Anfang und vom Ende des Lebens sollen – so sagen viele – allein Sache der persönlichen Entscheidung sein.

Mir macht diese Entwicklung Sorge. Es stimmt, es ist richtig, dass persönliche Freiheit ein hohes Gut ist. Keine Gesellschaft kann aber dauerhaft auf einen verbindenden und verbindlichen Wertekonsens verzichten.

Mit dem Privatfernsehen, das auf der Jagd nach der höchsten Quote auch häufig beim kleinsten gemeinsamen Nenner endet, können wir leben – auch wenn es manchmal wehtut –, mit einer Minimal-Ethik können wir das nicht. Hier müssen die Kirchen Fehlentwicklungen zum öffentlichen Thema machen und Maßstäbe setzen.

In der Ersten Deutschen Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche 1848 wurde die Kirche als „Hemmschuh der Zivilisation“ gescholten, die abgeschafft gehöre. Diese Stimmen haben sich nicht durchgesetzt. Da wurde vielmehr der Grundstein für etwas gelegt, was Wolfgang Huber einmal „aufgeklärte Säkularität“ genannt hat.

Der säkulare Staat ist entstanden in der Auseinandersetzung mit den Kirchen als bestimmender Kraft auch gegenüber staatlichem Handeln. Aufgeklärte Säkularität bedeutet, dass der säkulare Staat zu den Freiheiten, die er sichert, auch die Religionsfreiheit zählt. Das ist das Gegenteil eines christlichen oder auch eines quasireligiösen Staates. Nur der säkulare Staat kann Religionsfreiheit garantieren. Dazu gehört der öffentliche Charakter der Religion und das Recht der Kirchen und Glaubensgemeinschaften, öffentlich zu wirken, öffentliche Diskurse über rechte und unrechte Optionen und Wege zu betreiben.

Um die Moralität zu fördern, um dem rechten ethischen Verhalten zum Gelingen zu verhelfen, reichen moralische Appelle indes nicht aus. Der Staat muss im Sinne Kants insofern ein starker Staat sein, als seine republikanische Verfassung stark sein muss. Nur wenn die republikanische Verfassung wirklich Geltung hat und institutionell abgesichert ist, können Friede und Recht wirksam geschützt werden. Wir erleben, dass viele traditionsreiche Institutionen und Strukturen geschwächt sind oder in Auflösung begriffen erscheinen.

November 2005

Dokumentation

Ich sehe nicht den Staat in Gefahr. Aber wir müssen uns über bestimmte Entwicklungen, die historisch neu sind, deutlicher als bisher klar werden. Nur dann können wir sie auch beeinflussen. Nur dann wird nicht über uns entschieden, sondern wir entscheiden selber. Das war das Programm der Aufklärung damals, und das muss es auch heute sein.

Was sind die neuen Herausforderungen? Frühere Staatsphilosophien konnten davon ausgehen, dass Staaten die Organisation mehr oder weniger homogener Gesellschaften sind. Einerseits waren die Gesellschaften von einer einheitlichen Kultur geprägt. Das umfasste die Religion, wenn nicht, wie im Westfälischen Frieden gefordert, sogar die Konfession. Andererseits beruht der nationalstaatliche Gedanke auch auf festen äußeren Grenzen und der Souveränität gegenüber anderen oder gegen andere Staaten.

All diese Faktoren gelten heute so nicht mehr. Ich nenne nur einige Veränderungen: In unserem Staat leben Menschen zusammen, die von unterschiedlichen Kulturen geprägt sind. Millionen von Menschen sind aus anderen Kulturkreisen zugewandert. Viele bekennen sich zum Islam, der bei uns in Deutschland zu einer millionenfach praktizierten Religion geworden ist. Dazu kommt, dass auch in der Mehrheitsbevölkerung große kulturelle Veränderungen stattgefunden haben. Die religiösen Bindungen sind schwächer geworden, in vielen großen Städten in Deutschland gehört nur noch eine Minderheit einer christlichen Kirche an. Die Mobilität hat die Familien, auch wenn die inneren Bande durchaus immer noch stark sind, oft weit auseinandergeführt. Die emotionale Bindung an Orte, an das, was man Heimat nennt, ist schwächer geworden.

Man kann sagen: Natürliche Wärmekreise, zu denen die Menschen sich wie selbstverständlich zugehörig fühlen, werden zunehmend ersetzt durch selbst gewählte Kreise und Bindungen, die bei Bedarf oder bei Notwendigkeit aufgelöst und durch neue ersetzt werden.

Der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit, das große Programm der Aufklärung, hat nicht zuletzt in Verbindung mit dem einmalig

November 2005

Dokumentation

großen gesellschaftlichen Reichtum zu einer starken Betonung von Individualität und Unabhängigkeit geführt. Die Menschen, die nach Kant lernen sollten, „sich ihres eigenen Verstandes ohne Anleitung anderer zu bedienen“, haben zum Teil auch lernen müssen, ihr eigenes Leben weitgehend allein zu leben. Wenn man diese Tendenzen in einem Stichwort zusammenfassen will, kann man sagen: die Individualisierung ist in vielfältiger Weise das herausragende psychosoziale Kennzeichen der letzten Jahrzehnte gewesen.

Dieser Individualisierung steht auf der politischen, ökonomischen und vor allem auf der informationstechnischen Ebene das herausragende Kennzeichen der letzten zehn Jahre gegenüber: das der Globalisierung.

Nachrichten gehen fast zeitgleich mit dem berichteten Ereignis um die Welt. Per Internet und E-Mail ist potenziell jeder mit jedem ständig verbunden. Die europäische Einigung ist schon jetzt so weit gediehen, dass immer mehr Entscheidungen längst nicht mehr in Berlin oder Bonn getroffen werden, sondern in Brüssel. Wir erleben eine Welle von Fusionen und Übernahmen bei großen Unternehmen. Der Glaube, der Größte sein oder zumindest zum Größten gehören zu müssen, ist offensichtlich unstillbar.

Diese Globalisierung hat ganz sicher eine Menge von Vorteilen gebracht, besonders auf ökonomischem Gebiet und für die weltweite Kommunikation. Aber sind dadurch die Menschen wirklich näher zusammengerückt, sind sie sich näher gekommen? Empfindet sich die Menschheit wirklich als globales Dorf?

Beide Phänomene, Individualisierung und Globalisierung – so gegensätzlich sie auf den ersten Blick sind – führen oft zu Konsequenzen, die ich für bedenklich halte: Sie forcieren Tendenzen zu Absonderung, zu Separation, wie wir sie vielerorts beobachten können. Absonderungstendenzen gibt es auch innerhalb unserer Gesellschaft. Während wir über ein Jahrzehnt über die multikulturelle Gesellschaft geredet haben, hat sich faktisch in vielen Fällen das Gegenteil entwickelt: Es gibt Türken der dritten Generation, die schlechter Deutsch sprechen als ihre Eltern. An manchen Orten entstehen Gemeinschaften und Einrichtungen mit der Absicht, „unter sich“ zu bleiben. Statt sich in der Freizeit zu begegnen, etwa in Diskotheken oder

November 2005

Dokumentation

Sportvereinen, gehen sich Deutsche und Türken gerade hier in vielen Fällen aus dem Weg. Verstehen Sie mich bitte richtig: Ich sage das nicht in kulturpessimistischer Absicht, ich mache nur eine nüchterne Bestandsaufnahme dessen, womit wir praktisch und politisch umgehen müssen. Diese Bestandsaufnahme brauchen wir, damit wir keine auf Illusionen aufgebaute, unrealistische Politik betreiben.

Wir müssen dringend gemeinsam neue Wege suchen, damit wir die Irrwege hin zu Abschottung, Ausgrenzung und Separation verlassen. Das Problem, das ich auf uns zukommen sehe, möchte ich mit der Frage ausdrücken: Wie stark ist die innere Bindung der Menschen heute an ein Gemeinsames, das alle verbindet? Für wie verbindlich wird das Recht gehalten, das für alle gelten soll? Wie stark ist die Verfassung mit ihren Werten wirklich in allen verankert?

Demokratie funktioniert nach dem Mehrheitsprinzip. Dieses Mehrheitsprinzip funktioniert aber nur, wenn Mehrheit und Minderheit, trotz unterschiedlicher Auffassungen, eine gemeinsame Sache haben. Wenn es daran fehlt, dann kann es dazu kommen, dass die Mehrheit die Minderheit unterdrückt – oder die Minderheit sich an ganz andere Werte gebunden fühlt und zumindest innerlich aus der gemeinsamen Sache aussteigt, das System als ganzes nicht mehr akzeptiert.

Wir brauchen nicht nur ein intaktes und gerechtes Gemeinwesen. Wir brauchen nicht nur Institutionen, die dem Recht und der Gerechtigkeit verpflichtet sind. Wir brauchen neben der rationalen auch die emotionale Bindung der Menschen an die Einrichtungen des Gemeinwesens, die Recht, Freiheit und Gerechtigkeit sichern.

Kirchen und Religionsgemeinschaften mischen sich nach ihrem eigenen Anspruch auch in die öffentlichen Angelegenheiten ein. Sie suchen – nach dem Prophetenwort – „der Stadt Bestes“. Was haben uns die Kirchen in Staat und Gesellschaft heute also zu sagen? Handelt es sich nur – wie ich das neulich einmal gelesen habe – um Funktionärsvereine ohne Unterbau? Sind es Gruppen, die im Mantel der Nächstenliebe eigene Privilegien und überkommene Rechte verteidigen?

Kirchen und Glaubensgemeinschaften begleiten die Menschen vor allem an den Übergängen des Lebens. Die Kirchen sind dann gefragt, wenn es darum geht, den

November 2005

Dokumentation

Schwachen Hilfe und den Stummen eine Stimme zu geben. Diakonie und Caritas sind keine Ersatzhandlungen für Gottesdienst und Liturgie, sondern zentraler Ausdruck kirchlichen Handelns in der Welt. Die Kirchen sollten in sich in ihrem eigenen Interesse aber nicht darauf beschränken oder beschränken lassen, nur Retter in der Krise und in der Not zu sein.

Ich weiß, dass es auch für die Kirchen nicht leicht ist, ihren Ort in unserer sich ständig verändernden Gesellschaft zu bestimmen. Mir steht es wahrlich nicht zu, ihnen ihren Ort zuzuweisen. Ich weiß aber, dass eine Kirche, die die Orientierungslosigkeit der Gesellschaft nur noch einmal verdoppelt, sich selber überflüssig macht. Eine Kirche, die glaubte, auf jedem Gebiet kompetenter zu sein als die jeweils Zuständigen, die dürfte sich nicht wundern, wenn sie eines Tages auch in den Fragen nicht mehr ernst genommen würde, auf die sie wirklich tragfähige Antworten hat.

Ich habe immer wieder erlebt, dass kirchliches Bekenntnis und Engagement Menschen mit einer anderen Perspektive, mit etwas „ganz Anderem“ konfrontieren kann. Zu vieles, was Staat und Gesellschaft bewegt oder bewegen soll, kommt heute als Allerletztes und Allerwichtigstes daher. Die Kirchen und Religionsgemeinschaften sollten daran erinnern – und sie können es auch – dass sich die meisten unserer Debatten um vorletzte Dinge drehen, die freilich für den Einzelnen und für unsere ganze Gesellschaft große Bedeutung haben können.

Jürgen Habermas hat in seiner viel beachteten Rede zur Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 2001 über die Bedeutung der Religion in unserer „postsäkularen“ Gesellschaft gesprochen. Die Gesellschaft, so mahnte er, dürfe sich nicht „von wichtigen Ressourcen der Sinnstiftung“ abschneiden. Sie müsse ein „Gespür für die Artikulationskraft religiöser Sprachen“ bewahren – auch in scheinbar rein wissenschaftlichen und rationalen Debatten. Denn, so sagt er, die „Grenze zwischen säkularen und religiösen Gründen“ sei „ohnehin fließend“. Die Festlegung dieser Grenze sei eine „kooperative Aufgabe“, die „von beiden Seiten fordert, auch die Perspektive des jeweils anderen einzunehmen“.

November 2005

Dokumentation

Das sagt ein Mann, der sich selber einmal als „religiös unmusikalisch“ charakterisiert hat. Er rät aber dazu, für moralische Empfindungen, für Werte, die in der christlichen Tradition begründet sind, „Übersetzungen“ zu finden, die diese Herkunft nicht verleugnen. Die Übersetzung, so Habermas, müsse für all jene verständlich sein, die die mit der Herkunft verbundene Glaubenswahrheit nicht teilen. Nur so entstehe eine „Säkularisierung, die nicht vernichtet“.

Wäre die Freiheit des Menschen wirklich größer ohne den Bezug auf etwas Unverfügbares? Die Geschichte hat es gezeigt, auch die Bibel sagt es uns und viele Mythen und Sagen und ungezählte literarische Text erzählen uns davon: Es geht nicht gut aus, wenn der Mensch sich selber für allmächtig hält oder glaubt, er müsse allmächtig werden.

Für Christen ist nicht jede Vorstellung von Transzendenz und jedes Gottesbild gleich gültig. Im ökumenischen Dialog, erst recht aber in der pluralen Gesellschaft müssen sie aber lernen, mit Menschen zusammen zu leben, die ganz andere Überzeugungen und Lebensentwürfe haben als sie selber.

Uns ist zu wenig bewusst, was für eine große zivilisatorische Leistung es ist, zu akzeptieren, dass Menschen, die Nachbarn sind, ganz Unterschiedliches für wahr halten und auch manches tun, was der jeweils andere für unbegreiflich hält. Solange das auf dem Boden des Grundgesetzes geschieht, so lange nicht die Glaubens- und Handlungsfreiheit Anderer berührt wird, müssen wir das nicht nur respektieren, sondern gegen jeden Angriff verteidigen. Das ist eine anstrengende und eine zugleich spannende Aufgabe. Niemand muss dabei seine Überzeugungen verleugnen. Vielleicht war das lange Zeit ein gefährliches Missverständnis. Manchmal herrschte der Eindruck, Toleranz und Respekt bedeuteten auch, andere Glaubenswahrheiten und Überzeugungen nicht nur zu achten, sondern sie als genauso richtig wie die eigenen anerkennen zu müssen. Das ist ein Irrtum.

Genauso falsch ist aber die Haltung, dass es den Anderen mit seiner Auffassung gar nicht geben dürfe. Wer so denkt, ist zu wirklichem Dialog unfähig.

November 2005

Dokumentation

Der freiheitliche Staat des Grundgesetzes schützt die Glaubensfreiheit jedes einzelnen und garantiert das friedliche Zusammenleben aller. Unser Grundgesetz schützt die Freiheit des Glaubens und der Religion aller Menschen in Deutschland, ganz gleich ob sie Christen, Muslime, Juden oder Buddhisten sind. Für sie alle gilt aber auch: Niemand hat in unserem Land das Recht, unter Berufung auf seinen Glauben die in unserem Grundgesetz garantierten Menschenrechte und Bürgerrechte zu verletzen.

Die christlichen Kirchen haben in Grundfragen menschlicher Existenz von jeher Maßstäbe gesetzt – auch wenn ihre Geschichte zeigt, dass sie ihren eigenen Maßstäben oft selber nicht gerecht geworden sind.

Anders als die politischen Parteien sollte keine Kirche und keine Religionsgemeinschaft in erster Linie darauf schauen, ob sie Mehrheit oder Minderheit ist. Es ist kein Glaubensziel, möglichst viele zu sein. Der „mutige Rest“ zu sein, ist freilich auch kein Wert an sich. Darum haben wir diese Spannung auszuhalten: „Kommet her zu mir alle“ und „Fürchte dich nicht, du kleine Herde“. Eine Religionsgemeinschaft sollte keine geschlossene Gesellschaft sein mit möglichst wenigen, dafür aber vortrefflichen Mitgliedern. In modernen Staaten können Kirchen und Religionsgemeinschaften nur dann sinnvoll zu einer Kultur des Dialogs beitragen, wenn die Neutralität des freiheitlichen Staates den Weltanschauungen gegenüber nicht verwechselt wird mit einer Neutralität der Gesellschaft gegenüber diesen Fragen. Der weltanschaulich neutrale Staat ist auf Überzeugungen angewiesen, die in verschiedenen und unterscheidbaren Gemeinschaften gelebt werden, die Werteorientierung haben und geben wollen. Dazu gehören Kirchen und Religionsgemeinschaften. Ohne sie wäre unsere Gesellschaft konturloser, als ihr das gut täte. Sie wäre – im Wortsinn – unbegreiflich.

Gerechtigkeit und Solidarität, Freiheit und Toleranz – das sind Werte, die wir nicht schon deshalb besitzen, weil sie in einer Verfassung verankert sind. Die Kirchen sind nicht die einzigen, die zu diesen Themen etwas beitragen – aber sie haben aus christlicher Perspektive etwas Besonderes dazu zu sagen. Im Blick auf die Zukunftsfragen unserer Gesellschaft stehen die Kirchen im Wettbewerb der Argumente wie andere Glaubensgemeinschaften oder nichtchristliche Gruppen.

November 2005

Dokumentation

Ich bin überzeugt davon, dass sie in diesem Wettbewerb bessere Ausgangsbedingungen haben als viele andere, denn sie können sich auf Werte und Maßstäbe berufen, die über den Tag und über die Konjunkturlage hinaus reichen. Die Kirchen sind keine Parteien, aber sie können und sie sollen Partei ergreifen – für ihre Wertvorstellungen.

Die Kirchen machen keine Politik – sie sollten jedenfalls der Versuchung widerstehen –, aber sie können Wegweiser aufstellen, an denen sich die Politik orientieren kann. Davon profitieren nicht nur Christen. So verstanden ist Einmischung ein Gewinn für die gesamte Gesellschaft.

Das kann man fröhlich und unbefangen tun, wenn man bei der Eröffnung des Ökumenischen Kirchentages den Satz im Sinn hat, den Gustav Heinemann 1950 zum Abschluss des ersten evangelischen Kirchentages gesagt hat: „Wenn Euch die Welt furchtsam machen will, dann denkt daran und antwortet ihr: Eure Herren gehen, unser Herr aber kommt.“